

Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein
Bismarckallee 1-6 | 23795 Bad Segeberg | Postfach | 23782 Bad Segeberg

Dr. Monika Schliffke

Vorstandsvorsitzende

Frau
Katja Rathje-Hoffmann, MdL
Vorsitzende des Sozialausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Ansprechpartner: Delf Kröger
Abteilung: Gesundheitspolitik
E-Mail: delf.kroeger@kvsh.de
Tel. 04551 883 454

per E-Mail

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2947

**Stellungnahme der KVSH zu Drucksache 20/1771
(Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention)**

18. März 2024

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wir danken für Ihr Schreiben vom 20. Februar 2024, mit dem Sie der KVSH die Gelegenheit geben, zur oben genannten Drucksache schriftlich Stellung zu nehmen.

Gern senden wir Ihnen beigefügt eine Stellungnahme, die Herr Dipl.-Psych. Heiko Borchers für unser Haus verfasst hat. Herr Borchers ist als Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut in Kiel-Gaarden niedergelassen und gehört dem Beirat und der Abgeordnetenversammlung der KVSH an. Wir bitten um freundliche Beachtung der Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Monika Schliffke

Vorstandsvorsitzende der KVSH

**Stellungnahme zum „Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein“,
Bericht der Landesregierung vom 24.01.2024, Drucksache 20/1771**

Verfasser: Heiko Borchers, Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Der Bericht stellt eine gute Momentaufnahme zu Suiziden und Suizidpräventionsangeboten in Schleswig-Holstein dar.

In dem Umstand der Momentaufnahme liegen die Grenzen des Berichtes. Die Suizidversuche von heute bei Jüngeren sind eventuell die vollendeten Suizide der Zukunft – sprich in älteren Lebensjahren. Wissenschaftliche Längsschnittstudien zu dieser Fragestellung sind nicht bekannt. Jedoch sollte unabhängig von diesem Umstand eine solche Entwicklung für möglich gehalten werden. D.h. die Suizidprävention bzw. die Beschäftigung mit Suizidversuchen in der Altersgruppe der unter 20-Jährigen muss intensiviert werden.

In diesem Zusammenhang ist auf einen Mangel des Berichtes hinzuweisen. An nur einer Stelle wird auf die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung eingegangen und auch nur auf die des stationären Versorgungssektors. Die ambulante Versorgung durch niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater/-innen sowie durch die viel größere Gruppe der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten/-innen wird an keiner Stelle erwähnt und thematisiert.

Gerade die Thematisierung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen scheint jedoch angesagt. Vielerlei Erhebungen belegen, dass die psychotherapeutische Versorgung der Gruppe der bis 20-Jährigen in fast allen Regionen in Deutschland mangelhaft ist. Das Bundesministerium für Gesundheit hat nicht umsonst angekündigt, sich hier mit einer grundlegenden Überarbeitung der Bedarfsplanung der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu beschäftigen. Es liegt nahe, dass die Situation der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen unmittelbar Einfluss auf die Suizidprävention und Suizidraten hat. Insofern wäre es für den Bericht wünschenswert gewesen, wenn sich der Berichtersteller differenziert und intensiv mit der Versorgung durch niedergelassenen Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten/-innen, aber auch mit der durch niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater/-innen beschäftigt hätte. Und gegebenenfalls in diesem Zusammenhang auch dargelegt hätte, welchen Standpunkt die Landesregierung bezüglich einer Überarbeitung der Bedarfsplanung der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen vertritt.